

## Textgegenüberstellung

Geltende Fassung

Vorgeschlagene Fassung

Artikel 1  
 Änderung des Apothekengesetzes

Gesetz vom 18. Dezember 1906, betreffend die Regelung des  
 Apothekenwesens (Apothekengesetz).

Gesetz vom 18. Dezember 1906, betreffend die Regelung des  
 Apothekenwesens (Apothekengesetz).

Erster Abschnitt.  
 Öffentliche Apotheken.

Erster Abschnitt.  
 Öffentliche Apotheken.

Erster Titel.  
 Allgemeine Bestimmungen.

Erster Titel.  
 Allgemeine Bestimmungen.

**Freie Apothekenwahl**

§ 5a. (1) Es ist verboten,

1. Vereinbarungen zu treffen oder sonstige Verhaltensweisen zu setzen, die die Zuweisung von Verschreibungen an bestimmte Apotheken zum Gegenstand haben, oder
2. direkte oder indirekte Vorteile für die Zuweisung von Verschreibungen an Apotheken zu gewähren, anzubieten, zu versprechen oder anzunehmen, oder
3. gewerbsmäßig Verschreibungen zu sammeln und an bestimmte Apotheken weiterzuleiten oder zu übermitteln.

(2) Abs. 1 gilt nicht für

1. die Arzneimittelversorgung von Patienten oder Bewohnern im Rahmen institutioneller Betreuung wie etwa in Krankenanstalten oder Alten- und Pflegeheimen,
2. die Träger der Sozialversicherung und den Dachverband der Sozialversicherungsträger im Rahmen der Erfüllung ihrer gesetzlichen

**Geltende Fassung****Vorgeschlagene Fassung***Aufgaben,**3. Personen, die vom Patienten im Rahmen eines Pflege- oder Betreuungsverhältnisses mit der Einlösung von Verschreibungen beauftragt werden, und**4. Hilfeleistungen im Rahmen der Nachbarschafts-, Familien- und Freundschaftshilfe.***Sechster Abschnitt.  
Schlußbestimmungen.****Sechster Abschnitt.  
Schlußbestimmungen.****Wirksamkeit des Gesetzes****Wirksamkeit des Gesetzes**

§ 68a. (1) bis (12) ...

§ 68a. (1) bis (12) ...

*(13) § 5a samt Überschrift in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xx/2023 tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft.*

[...]

[...]

**Artikel 2  
Änderung des Arzneimittelgesetzes****Bundesgesetz vom 2. März 1983 über die Herstellung und das Inverkehrbringen von Arzneimitteln (Arzneimittelgesetz – AMG)****Bundesgesetz vom 2. März 1983 über die Herstellung und das Inverkehrbringen von Arzneimitteln (Arzneimittelgesetz – AMG)****I. ABSCHNITT  
Allgemeine Bestimmungen****I. ABSCHNITT  
Allgemeine Bestimmungen****Begriffsbestimmungen****Begriffsbestimmungen**

§ 2. (1) bis (7b) ...

§ 2. (1) bis (7b) ...

*(7c) „Abgabe durch Fernabsatz“ ist die Versendung an oder die Hinterlegung für den Letztverbraucher auf Grund eines Vertrages gemäß Abs. 7a.*

(8) bis (21) ...

(8) bis (21) ...

**Geltende Fassung****VI. ABSCHNITT  
Vertrieb****Fernabsatz****§ 59a.** (1) bis (4) ...

(5) Humanarzneispezialitäten, die durch Fernabsatz abgegeben werden, dürfen nur in einer dem üblichen persönlichen Bedarf entsprechenden Menge versendet werden, und sind

1. so zu verpacken, transportieren und auszuliefern, dass ihre Qualität und Wirksamkeit nicht beeinträchtigt wird, und
2. nachweislich der Person auszufolgen, die vom Auftraggeber der Bestellung der jeweiligen öffentlichen Apotheke mitgeteilt wurde.

(6) ...

(7) Der Bundesminister für Gesundheit hat unter Bedachtnahme auf die Arzneimittelsicherheit durch Verordnung nähere Bestimmungen hinsichtlich der Anforderungen an die Abgabe von Humanarzneispezialitäten durch Fernabsatz und an deren Versendung, insbesondere über den Bestellvorgang, die Verpackung, den Transport, die Lagerung, die Lieferung, die Abholung, die Sicherstellung der pharmazeutischen Beratung und das Erfordernis eines Qualitätssicherungssystems zu erlassen.

**XIV. ABSCHNITT****Übergangsregelungen zur Novelle BGBl. I Nr. 8/2022****§ 95.** (1) bis (19) ...**Vorgeschlagene Fassung****VI. ABSCHNITT  
Vertrieb****Fernabsatz****§ 59a.** (1) bis (4) ...

(5) Humanarzneispezialitäten, die durch Fernabsatz abgegeben werden, dürfen nur in einer dem üblichen persönlichen Bedarf entsprechenden Menge versendet **oder hinterlegt** werden, und sind

1. so zu verpacken, transportieren und auszuliefern, dass ihre Qualität und Wirksamkeit nicht beeinträchtigt wird, und
2. nachweislich der Person auszufolgen, die vom Auftraggeber der Bestellung der jeweiligen öffentlichen Apotheke mitgeteilt wurde.

(6) ...

(7) Der Bundesminister für Gesundheit hat unter Bedachtnahme auf die Arzneimittelsicherheit durch Verordnung nähere Bestimmungen hinsichtlich der Anforderungen an die Abgabe von Humanarzneispezialitäten durch Fernabsatz und an deren Versendung **oder Hinterlegung**, insbesondere über den Bestellvorgang, die Verpackung, den Transport, die Lagerung, die Lieferung, die Abholung, die Sicherstellung der pharmazeutischen Beratung und das Erfordernis eines Qualitätssicherungssystems zu erlassen.

**XIV. ABSCHNITT****Übergangsregelungen zur Novelle BGBl. I Nr. 8/2022****§ 95.** (1) bis (19) ...

**(20) § 2 Abs. 7c sowie § 59a Abs. 5 und 7 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xx/2023 treten mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft.**

